

05.02.2021

POSITIONSPAPIER BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

Positionierung zur Initiative #WirWerdenLaut

Innerhalb von kurzer Zeit haben sich über 80.000 Personen der von 100 Schülersprecher:innen aus Deutschland gestarteten Online-Petition unter dem Motto #WirWerdenLaut angeschlossen. In einem offenen Brief stellen die Initiator:innen klare Forderungen an die Bundesbildungsministerin und die Kultusminister:innen der Länder. Die Bundesschülerkonferenz begrüßt das Ansinnen, einen bewussteren und ernsthaften Umgang mit Kindern und Jugendlichen sowie deren Meinungen in der Pandemie einzufordern, und sieht einige thematische Überschneidungen zwischen Positionen der Initiative und der Bundesschülerkonferenz als Zusammenkunft der Landeschülervertretungen. Gleichzeitig bestehen in anderen Punkten inhaltliche Differenzen, die es klar zu benennen gilt. Ein argumentativer Austausch zwischen den Initiator:innen und dem Bundessekretariat der Bundesschülerkonferenz ist bereits auf Einladung letzterer erfolgt.

Mehr Aufmerksamkeit für die Positionen von Schüler:innen

Die Belange, das Wohlbefinden und die Forderungen von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen wurden in mittlerweile zwei Jahren Pandemie wenig gehört. Noch immer fehlen Luftfilter an Schulen, die Digitalisierung ist auf keinem Niveau, das Distanzunterricht zumindest in der Stoffvermittlung zu einer zu vermeidenden, aber gut möglichen Alternative machen würde. Die psychischen Probleme, die die Pandemie für junge Menschen ganz besonders mit sich bringt, treten erst jetzt nach und nach in ernstzunehmende öffentliche Diskussionen. Als Schülervorteiler:innen, die sich auf Landes- und Bundesebene engagieren, stehen wir zwar in Kontakt mit wichtigen Entscheidungsträger:innen, doch die Einbeziehung in Entscheidungsfindungen, die uns direkt betreffen, erfolgte auch in den letzten zwei Jahren nur auf einem nicht zufriedenstellenden Niveau. Trotz nachfolgend benannter inhaltlicher Unterschiede begrüßen wir deshalb das bereits in der Öffentlichkeit erreichte Ziel der Petitionsinitiator:innen, Aufmerksamkeit für die Gruppe herzustellen, die bisher wesentlich zu wenig von jener bekommen hat.

Wir sind der Überzeugung: Gute und kluge Entscheidungen für Schüler:innen können nur gemeinsam mit Schüler:innen getroffen werden.

Ihr Ansprechpartner:

Leon Schwalbe – Fachkoordinator für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesschülerkonferenz
% Landeschülervertretung Thüringen – Werner-Seelenbinder-Straße 7 – 99096 Erfurt
presse@bundesschuelerkonferenz.eu | +49 157 36763200 | www.bundesschuelerkonferenz.com

05.02.2021

Kritik an Position 4: Aufhebung der Präsenzpflcht löst keine Probleme

Schulen müssen möglichst sichere Orte innerhalb der Pandemie darstellen, ohne dabei den Unterrichtsbetrieb grundsätzlich durch Distanzunterricht in Frage zu stellen. Lange Phasen der Schulschließungen haben in der Vergangenheit einen großen Teil dazu beigetragen, dass Kinder und Jugendliche vermehrt mit psychischen Problemen zu kämpfen haben. Gemäß bereits beschlossener Positionen der Bundesschülerkonferenz gilt es daher, Distanzunterricht so lange wie möglich zu vermeiden. Dieses Versprechen weiterhin aufrecht zu erhalten, ist Verantwortung der Kultusminister:innen.

Die Aufhebung der Präsenzpflcht würde zu einer großen zusätzlichen Belastung für Lehrer:innen führen und Chancenungleichheit unter Schüler:innen verschärfen. Zwar hätte der stärkere Ausbau digitaler Möglichkeiten diese Effekte eindämmen können, allerdings sind diese auch nach zwei Jahren Pandemie nicht ausreichend gefördert worden. Zudem wird die Verantwortung ein weiteres Mal auf Schüler:innen umgelegt, indem sie selbst die Risiken des Schulbetriebs einschätzen sollen.

Die Bundesschülerkonferenz spricht sich daher dafür aus, durch deutlich ausgebaute Testkonzepte (Testpflcht mit hochwertigen Schnelltests¹ dreimal wöchentlich², auch für Schüler:innen, die bereits die dritte Impfung erhalten haben³) sowie die zügige Umsetzung der in Punkt 2 der Petition aufgeführten verstärkten Maßnahmen das Infektionsgeschehen an Schulen einzudämmen und vorzubeugen.

Kritik an Position 7: Benannte Forderungen zur Entlastung der Abschlussjahrgänge sind unrealistisch und wenig funktional

Auch der dritte Jahrgang von Schüler:innen, die ihren Abschluss in Pandemie-Zeiten absolvieren müssen, ist von Einschränkungen im Schulbetrieb betroffen. Anpassungen der Abschlussprüfungen sind daher unerlässlich. Die in der Petition vorgeschlagenen Forderungen halten die Mitgliedsländer der Bundesschülerkonferenz dazu allerdings für ungeeignet und zum Teil überspitzt.

Insbesondere der Vorschlag, mehr Noten als vorgesehen streichen zu können, scheint unter Beachtung geltender Oberstufenregelungen unpraktikabel und schwer

¹ nach Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts:

<https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/evaluierung-sensitivitaet-sars-co-v-2-antigentests.html>

² Der Landesschülerrat Bayern spricht sich für eine verpflichtende tägliche Testung aus. Dazu können auch, wie durch die Initiative gefordert, Pooltests verwendet werden.

³ Der Landesschülerrat Niedersachsen sieht eine Testpflcht für Geboosterte als nicht notwendig an, setzt sich allerdings dafür ein, dass Kapazitäten für eine freiwillige Testung zur Verfügung stehen.

Ihr Ansprechpartner:

Leon Schwalbe – Fachkoordinator für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesschülerkonferenz
% Landesschülervertretung Thüringen – Werner-Seelenbinder-Straße 7 – 99096 Erfurt
presse@bundesschuelerkonferenz.eu | +49 157 36763200 | www.bundesschuelerkonferenz.com

05.02.2021

umsetzbar. Unter dem Gesichtspunkt, dass der vergangene Abschlussjahrgang zudem wesentlich stärker von coronabedingtem Ausfall betroffen war und Schüler:innen, die in diesem Jahr ihren Abschluss absolvieren, auf einen wesentlich größeren Teil an zusammenhängendem Präsenzunterricht zurückblicken können, ist dieser enorme Aufwand nicht zu rechtfertigen. Stattdessen sollten die Kultusminister:innen der Länder auch in diesem Jahr auf Ausgleiche in den Abschlussprüfungen setzen, die mehr Auswahlmöglichkeiten bieten und eine längere Bearbeitungszeit ermöglichen. Jedes weitere Vorgehen würde über den Charakter eines Ausgleichs hinausgehen und eine Anpassung darstellen, die den Wert des Abschlusses gefährden kann. Im Wohle aller Schüler:innen der Abschlussjahrgänge sollte das vermieden werden.

Wünsche für das weitere Vorgehen

Den Mitgliedsländern der Bundesschülerkonferenz sowie dem koordinierenden Bundessekretariat war es ein wichtiges Anliegen, mit den Initiator:innen der Petition in Kontakt zu treten und einen inhaltlichen Austausch anzustreben. Aufgrund der genannten Punkte ist eine volle Unterstützung der Kampagne seitens der Bundesschülerkonferenz allerdings nicht möglich. Wir möchten darüber hinaus alle Schüler:innen und Schülervorteiler:innen, die den Brief unterzeichnet haben, dazu animieren, sich in den gesetzlich legitimierten Mitwirkungsgremien auf Landes- und Kommunalebene zu engagieren. Es ist im Interesse aller Schüler:innen Deutschlands, wenn die bereits vorhandenen Mitwirkungsstrukturen weiter gestärkt werden und eine noch stärkere Stimme erhalten. Denn nur zusammen als Schüler:innenschaft kann es uns gelingen, unsere Belange und Positionen weit oben auf den Tagesordnungen derer zu platzieren, die dann nicht mehr nur über uns, sondern mit uns entscheiden.

Ihr Ansprechpartner:

Leon Schwalbe – Fachkoordinator für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesschülerkonferenz
% Landesschülervertretung Thüringen – Werner-Seelenbinder-Straße 7 – 99096 Erfurt
presse@bundesschuelerkonferenz.eu | +49 157 36763200 | www.bundesschuelerkonferenz.com